

## **Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite**

Der Niedriglohnsektor ist in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Kontrovers ist jedoch die politische Bewertung dieser Entwicklung: Betreffen Niedriglöhne überwiegend Teilzeitbeschäftigte und Minijobber/innen? Oder erfasst die Zunahme von Niedriglöhnen einen breiteren Kreis? Unsere Analyse zeigt, dass sich die Einkommensverteilung insgesamt zulasten der unteren Einkommensgruppen verschoben hat. Auch Kerngruppen des Arbeitsmarktes sind von Niedriglöhnen betroffen und der wachsende Niedriglohnsektor hat Sogwirkungen in anderen Bereichen entfaltet. Niedriglohnbeschäftigte waren im vergangenen Jahrzehnt auf der Verliererseite: Ihre Löhne sind unterdurchschnittlich gestiegen bzw. inflationsbereinigt sogar gesunken.

### **1. Einleitung**

Im internationalen Vergleich galt Deutschland lange als ein Land mit einer vergleichsweise geringen Lohnspreizung und nur wenigen niedrig bezahlten Beschäftigten. Noch vor wenigen Jahren wurde intensiv darüber diskutiert, ob man einen Niedriglohnsektor einführen müsse, um Beschäftigung fördern. Dabei hat es einen solchen Sektor immer gegeben. Allerdings blieb er lange Zeit stabil bei etwa 13 bis 14%. Seit Mitte der 1990er Jahre ist der Niedriglohnsektor zunächst fast unbemerkt deutlich gewachsen, ohne dass sich dadurch die Beschäftigungssituation insgesamt oder die Beschäftigungschancen der gering Qualifizierten verbessert haben. Die Hartz-Reformen haben einen weiteren politisch gewollten Wachstumsschub der Niedriglohnbeschäftigung ausgelöst, dessen Ende nicht absehbar ist. Mittlerweile haben mehrere Studien diese Entwicklung nachgezeichnet. Wir wissen jetzt, dass die Quote der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland gegen den Trend in den meisten anderen EU-Ländern stark gewachsen ist und inzwischen fast den Anteil in den USA erreicht hat (Solow 2007) (Abbildung 1).

#### **(Abbildung 1 etwa hier einfügen)**

Umstritten ist hingegen, ob die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung nur ein zu vernachlässigendes Randphänomen ist oder zunehmend auch den Kern des Beschäftigungssystems trifft. Dies wird kontrovers diskutiert. Die erste These wurde kürzlich vom DIW mit dem Hinweis vertreten, dass von Niedriglohnbeschäftigung überwiegend Teilzeitkräfte betroffen seien, die nur einen Nebenverdienst anstrebten (Brenke/Ziemendorff 2008; DIW 2008). Da viele Haushalte auf das Einkommen aus Teilzeitarbeit angewiesen sind (Statistisches Bundesamt 2004) und eine wachsende Zahl diese geringen Verdienste durch Arbeitslosengeld II aufstocken muss (Bundesagentur für Arbeit 2008), kann man mit guten Gründen eine solche Bewertung in Frage stellen. Zudem spricht auch die große Zahl von Vollzeitbeschäftigten mit geringen Löhnen gegen die These einer „Einhegung“ der Niedriglohnbeschäftigung in ein klar abgegrenztes Arbeitsmarktsegment.

Die Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung ist in eine umfassendere Umverteilung der Einkommen von unten nach oben eingebettet. Um Gewinner und Verlierer dieser Umverteilung identifizieren zu können, genügt es daher nicht, nur die Entwicklung und Struktur der Niedriglohnbeschäftigung zu analysieren, sondern man muss auch die „Sogwirkungen“ eines wachsenden Niedriglohnsektors auf die angrenzenden Einkommensgruppen mit in den Blick nehmen.

Um ein detailliertes Bild über Dynamik, Betroffenheit und Sogwirkungen des Niedriglohnsektors zeichnen zu können, haben wir Daten des sozio-ökonomischen Panels (SOEP) und des Beschäftigtenpanels der Bundesagentur für Arbeit (BA) ausgewertet. Das SOEP bietet die Möglichkeit, auch Teilzeitbeschäftigte und Minijobs einzubeziehen, derzeit bis zum Jahr 2006. Das BA-Beschäftigtenpanel kann wegen fehlender Angaben zur Arbeitszeit nur für die Löhne von Vollzeitbeschäftigten ausgewertet werden, bietet aber wegen seiner erheblich größeren Fallzahlen die Möglichkeit, die Entwicklung in einzelnen Branchen differenzierter zu analysieren.

Wir untersuchen im Folgenden zunächst die Veränderung der Einkommensverteilung insgesamt (Abschnitt 2). In Abschnitt 3 zeichnen wir ein differenziertes Bild des Niedriglohnsektors: Wie hat er sich entwickelt? Wer ist besonders betroffen? In Abschnitt 4 steht im Mittelpunkt, wie sich Niedrig- und Durchschnittslöhne nach Betriebsmerkmalen entwickelt haben. In Abschnitt 5 gehen wir auf die Ursachen und Triebkräfte der wachsenden Niedriglohnbeschäftigung und den politischen Handlungsbedarf ein.<sup>1</sup>

## **2. Die Umverteilung der Einkommen seit 1995**

Die Schere zwischen hohen und niedrigen Einkommen geht in Deutschland seit 1995 immer weiter auseinander. Ein einfacher Vergleich der inflationsbereinigten Einkommensverteilung in den Jahren 1995, 2000 und 2006 zeigt eine deutliche Abflachung der Kurve der Einkommensverteilung mit starken Anteilsverlusten in der Mitte und einer Zunahme am unteren und oberen Ende ((Abbildung 1). Auffällig ist die starke Zunahme der Beschäftigung im untersten Lohnbereich (Bruttostundenlöhne unter 6 € in Preisen von 1995 und unter rund 7 € in Preisen von 2006).<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Unsere entsprechenden Untersuchungen wurden im Rahmen eines großen Forschungsnetzwerkes mit Teams aus Dänemark, Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden zwischen 2004 und 2007 durchgeführt. Gefördert wurden die Studien, die auch qualitative Branchenanalysen und Betriebsfallstudien beinhalteten, durch die Russell Sage Foundation mit Sitz in New York. Zu den Ergebnissen für Deutschland vgl. Bosch/Weinkopf 2007 und 2008.

<sup>2</sup> In der Berechnung sind alle abhängig Beschäftigten (Vollzeit, Teilzeit und Minijobs) enthalten. Es wurde vor allem die Einkommensinformation aus der Haupttätigkeit ausgewertet. Nur für den Fall, dass hierfür keine Angaben vorlagen, wurden Nebentätigkeiten einbezogen. Dadurch werden Neben-

**(Abbildung 1 etwa hier einfügen)**

Folge dieser Verschiebung in der Einkommensverteilung ist eine deutliche Zunahme der Einkommensungleichheit. Durch die starke Zunahme gering bezahlter Arbeit auf der einen und die (moderatere) Zunahme gut bezahlter Arbeit auf der anderen Seite hat sich vor allem die Relationen des untersten Dezils der Einkommensverteilung zum mittleren Dezil von 1,79 auf 2,18 deutlich verschlechtert, während der Abstand des mittleren zum oberen Dezil weitgehend unverändert blieb (Tabelle 1).<sup>3</sup>

**Tabelle 1: Entwicklung der Einkommensungleichheit (Deutschland, Stundenlöhne, alle abhängig Beschäftigten)**

	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2006</b>
<b>D9/D5</b>	1,75	1,74	1,77
<b>D9/D1</b>	3,13	3,23	3,86
<b>D5/D1</b>	1,79	1,85	2,18

Quelle: SOEP 2006, eigene Auswertung

Durch diese Verschiebung der Einkommensgruppen nach unten und nach oben wurden die mittleren Einkommensgruppen ausgedünnt. Sie machten 1995 noch gut 63% aller Beschäftigten aus und verloren bis 2006 mehr als 11 Prozentpunkte, die sich in entsprechenden Zuwächsen am oberen und stärker noch am unteren Ende der Einkommensverteilung niederschlugen (Tabelle 2). Grabka/Frick (2008) haben eine ähnliche Ausdünnung der Mittelklasse auf der Ebene der Haushaltseinkommen festgestellt. Da die Primäreinkommen eine wesentliche Einkommensquelle der Haushalte sind und in vielen Haushalten unzureichende Verdienste nicht durch höhere Einkommen anderer Haushaltsmitglieder kompensiert werden können, dürfte die Ausdünnung der mittleren Einkommensgruppen einen hohen Anteil an dieser Entwicklung haben.

**Tabelle 2: Anteile der niedrigen, mittleren und hohen Stundenlöhne (Deutschland, alle abhängig Beschäftigten, getrennte Medianberechnung für Ost und West-Deutschland, in%)**

<b>Stundenlohn</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2006</b>
Niedrig (weniger als 2/3 des Medians)	15,0	17,5	22,2
Mittel (2/3 bis 4/3 des Medians)	63,2	59,0	51,6
Hoch (mehr als 4/3 des Medians)	21,8	23,6	26,3

jobs, die zusätzlich zu einer Haupttätigkeit ausgeübt werden, nicht berücksichtigt und jeder Beschäftigte ist mit einem Beschäftigungsverhältnis in der Untersuchung enthalten. Ausgeschlossen wurden bestimmte Kategorien von Beschäftigten, für die sich keine sinnvollen Stundenlöhne berechnen lassen oder für die spezielle Entlohnungsregelungen gelten: Selbständige und Freiberufler, Auszubildende, Praktikanten, Personen in Umschulung/Rehabilitation oder ABM/SAM, Beschäftigte in Behindertenwerkstätten, mithelfende Familienangehörige, Personen in Altersteilzeit, Nicht-Erwerbstätige, Arbeitslose sowie Wehr- und Zivildienstleistende. Student/innen, Schüler/innen und Rentner/innen wurden ausgeschlossen, da sie in der Regel nur einer Nebentätigkeit nachgehen.

<sup>3</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Giesecke/Verwiebe (2008) in einer nach Ost- und Westdeutschland sowie nach Männern und Frauen differenzierten Auswertung.

Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnung

Zwischen 1995 und 2006 sind die durchschnittlichen Realeinkommen in Deutschland wegen der nur geringen allgemeinen Lohnsteigerungen kaum gestiegen. Wenn der zu verteilende Kuchen nur wenig wächst und dabei immer ungleicher verteilt wird, ist es wahrscheinlich, dass ein Teil der Beschäftigten Einkommen real und vielleicht sogar nominal verliert. Genau dies können wir seit 1995 beobachten. Im untersten Quartil sind die Reallöhne seit 1995 um fast 14% zurückgegangen.<sup>4</sup> Selbst im zweiten Quartil nahmen sie noch – wenn auch weniger deutlich – ab, während sie in den beiden oberen Quartilen anstiegen (Tabelle 3).<sup>5</sup> Zwischen 2000 und 2006 sanken im unteren Quartil sogar die Nominallöhne, d.h. die Löhne sanken absolut unter das Niveau von 2000. Die Einkommensumverteilung hat also die untersten Lohngruppen am härtesten getroffen, Reallohnverluste reichen aber bis in die mittleren Einkommensgruppen hinein.

**Tabelle3: Nominale und reale Entwicklung der Stundenlöhne 1995 - 2006 nach Quartilen**

Quartile	Durchschnittlicher Stundenlohn in € (nominal)			Veränderung der Stundenlöhne in % (nominal)		Reallöhne in € (in Preisen von 1995)	
	1995	2000	2006	1995-2000	2000-2006	Reallohn 2006	Veränderung 1995-2006 in %
1. Quartil	6,84	7,23	6,88	5,8	-4,8	5,90	-13,7
2. Quartil	10,39	11,15	11,73	7,3	5,2	10,06	-3,2
3. Quartil	13,11	14,49	16,02	10,5	10,6	13,74	4,8
4. Quartil	21,20	22,79	25,58	7,5	12,3	21,94	3,5
Gesamt	12,88	13,91	15,05	8,0	8,2	12,90	0,2

Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnungen

### 3. Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung

Im Folgenden gehen wir detaillierter darauf ein, wie sich die Niedriglohnbeschäftigung, deren Wachstum einen wesentlichen Anteil an der Umverteilung der Einkommen hat, entwickelt hat und welche Beschäftigungsformen und Personengruppen besonders betroffen sind.<sup>6</sup> Als Niedriglohnschwelle verwenden wir den OECD-Standard von zwei Drittel des Medianlohns.

<sup>4</sup> Zur Ermittlung der Reallohnentwicklung haben wir den Verbraucherpreisindex aus der Online-Datenbank Genesis des Statistischen Bundesamtes verwendet. Hiernach lag die Preissteigerung zwischen 1995 und 2006 bei 16,6%.

<sup>5</sup> Die Einkommen der Vollzeitbeschäftigten haben sich in die gleiche Richtung entwickelt, wenngleich nicht ganz so ausgeprägt. Nach unseren Berechnungen auf der Grundlage des BA-Beschäftigtenpanels musste das unterste Quartil Reallohn einbußen in Höhe von 2,1% in Kauf nehmen und das zweite Quartil konnte nur geringe (mit 2,9% deutlich unter dem Durchschnitt von 8,7% liegende) Reallohnzuwächse verzeichnen.

<sup>6</sup> Zur Abgrenzung der Grundgesamtheit vgl. Fußnote 2. Bezieht man Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen ein, lag die Niedriglohnquote 2006 bei 23,5% und die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten insgesamt bei 7,3 Millionen.

Für Deutschland stellt sich bezogen auf dieses Maß die Frage, ob aufgrund der nach wie vor erheblichen Lohnunterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (Berlemann/Thum 2006) zwei getrennte oder eine einheitliche Niedriglohnschwelle zugrunde gelegt wird. Wie wir an anderer Stelle (Kalina/Weinkopf 2008) ausführlicher gezeigt haben, beeinflusst die Wahl der Vorgehensweise die Ergebnisse zur Gesamtzahl der Beschäftigten im Niedriglohnsektor kaum. Deutliche Unterschiede ergeben sich allerdings bezogen auf das Ausmaß der Niedriglohnbeschäftigung in Ostdeutschland: Unter Verwendung differenzierter Schwellen ist hier gut jede/r Fünfte von Niedriglöhnen betroffen, während bei einer einheitlichen Niedriglohnschwelle 2006 41,1% der ostdeutschen Beschäftigten für Niedriglöhne arbeiteten (Westdeutschland 19,1%). Die folgenden Auswertungen beruhen auf der Verwendung getrennter Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland, damit die Strukturanalysen nicht durch die Einbeziehung eines großen Teils des ostdeutschen Arbeitsmarktes verzerrt werden.

(Abbildung 2 gibt einen detaillierteren, auch nach Ost- und Westdeutschland differenzierten Überblick über die Entwicklung des Anteils der Niedriglohnbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten seit 1995. Die Steigerung der gesamtdeutschen Niedriglohnquote von 15% auf 22,2% entspricht einem Zuwachs von knapp 48% innerhalb von nur elf Jahren. In Westdeutschland ist der Niedriglohnanteil sogar um rund 54% gestiegen (gegenüber 26% in Ostdeutschland). Die Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland ist von rund 4,5 Millionen (1995) auf rund 6,5 Millionen (2006) und damit um 2 Millionen oder gut 43% gewachsen. Bemerkenswert ist, dass die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten allein zwischen 2004 und 2006 um rund 700.000 gestiegen ist. Es ist davon auszugehen, dass der Zuwachs von Niedriglöhnen durch die Hartz-Reformen im Jahr 2003 beschleunigt worden ist.

**(Abbildung 2 etwa hier einfügen)**

Da es keine allgemeinverbindliche Lohnuntergrenze in Deutschland gibt, ist überdies die Streuung der Löhne nach unten besonders ausgeprägt. Rund 1,9 Millionen Beschäftigte in Deutschland arbeiteten 2006 für Stundenlöhne unter 5 € und damit für deutlich weniger (absolut und relativ zum jeweiligen Median) als in Frankreich oder Großbritanniens, wo es gesetzliche Mindestlöhne von rund 8 € gibt (Caroli/Gautié 2008; Lloyd et al. 2008).

Bemerkenswert ist, dass wegen der Nominallohnverluste im unteren Einkommensquartil zwischen 2004 und 2006 erstmals die Niedriglohnschwellen gesunken sind – von 9,71 € auf 9,61 € in West- und von 7,14 € auf 6,81 € in Ostdeutschland. Parallel hierzu haben sich auch die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor sogar nominal verringert – um 0,36 € in West- und um 0,62 € in Ostdeutschland (Tabelle 4). Die Betrachtung der Entwicklung über den Gesamtzeitraum zeigt überdies, dass die Durchschnittslöhne im Niedriglohn-

sektor inflationsbereinigt 2006 niedriger lagen als 1995 – insbesondere in Ostdeutschland, wo ein Rückgang um 10% festzustellen ist.

**Tabelle 4: Entwicklung der durchschnittlichen Stundenlöhne von Niedriglohnbeziehenden 1995 bis 2006 (alle abhängig Beschäftigten inklusive Teilzeit und Minijobs, in €)**

	1995	2000	2004	2006	Veränderung 1995/2006
<b>Durchschnittlicher Niedriglohn West (nominal)</b>	5,93	6,75	7,25	6,89	+16,2%
<b>Durchschnittlicher Niedriglohn West (real, Basis=1995)</b>	5,93	6,34	6,41	5,91	0%
<b>Durchschnittlicher Niedriglohn Ost (nominal)</b>	4,63	4,95	5,48	4,86	+5,0%
<b>Durchschnittlicher Niedriglohn Ost (real, Basis=1995)</b>	4,63	4,65	4,85	4,19	-10%

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Sind von niedrigen Stundenlöhnen vor allem Teilzeitbeschäftigte und Minijobs betroffen? Zutreffend ist, dass die Anteile dieser Gruppen an allen Niedriglohnbeschäftigten in den letzten Jahren zugenommen haben: Während 1995 Vollzeitbeschäftigte mit einem Anteil von knapp 58% noch die deutliche Mehrheit der Niedriglohnbeschäftigten stellten, ist ihr Anteil bis 2006 auf gut 46% gesunken. Entsprechend ist der Anteil von Teilzeitbeschäftigten und Minijobber/innen auf knapp 54% der Niedriglohnbeschäftigten gestiegen (Tabelle 5), obwohl ihr Anteil an allen Beschäftigten im SOEP nur 29,5% beträgt. Besonders stark hat der Anteil der Minijobs am Niedriglohnsektor zugenommen. Er hat sich zwischen 1995 und 2006 nahezu verdoppelt, was vor allem auf das zunehmende beschäftigungspolitische Gewicht der Minijobs zurückzuführen ist: Der Anteil der Minijobs an der Gesamtbeschäftigung hat sich von 2,6% (1995) auf 7,1% (2006) sogar fast verdreifacht.<sup>7</sup> Dies ist einerseits durch die wachsende Zahl der Minijobs und andererseits durch den deutlichen Rückgang der Gesamtzahl der Vollzeitbeschäftigten bedingt.

**Tabelle 5: Anteil einzelner Beschäftigungsformen am gesamten Niedriglohnsektor und an der Gesamtbeschäftigung (Deutschland, in %)**

	Anteil am Niedriglohnsektor		Anteil an der Gesamtbeschäftigung	
	1995	2006	1995	2006
<b>Vollzeit</b>	57,9	46,2	79,0	70,6
<b>Teilzeit</b>	27,2	24,0	18,4	22,4
<b>Geringfügige Beschäftigung (Minijobs)</b>	14,9	29,7	2,6	7,1
<b>Gesamt</b>	100,0	100,0	100,0	100,0

<sup>7</sup> Diese Angabe bezieht sich auf unsere Grundgesamtheit, in der weder Schüler/innen, Studierende und Rentner/innen noch Nebenjobs enthalten sind. Die Quote in der Gesamtwirtschaft liegt erheblich höher.

--	--	--	--	--

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Der Rückgang des Anteils von Vollzeitbeschäftigten im Niedriglohnsektor bedeutet allerdings nicht, dass diese 2006 im geringeren Maße als 1995 von Niedriglöhnen betroffen waren. Im Gegenteil: Arbeitete 1995 noch jede/r neunte Vollzeitbeschäftigte für einen Niedriglohn, so war es 2006 bereits jede/r Siebte (Tabelle 6).

**Tabelle 6: Niedriglohnbeschäftigung nach Beschäftigungsformen, Deutschland 1995 und 2006 (in % der jeweiligen Gruppe)**

	Niedriglohnanteil in Kategorie		Änderung der <i>absoluten</i> Beschäftigung 1995-2006	
	1995	2006	Niedriglohnbeschäftigung	Gesamtbeschäftigung
<b>Vollzeit</b>	11,0	14,3	+12,6%	-13,5%
<b>Teilzeit</b>	22,2	23,4	+24,5%	+18,0%
<b>Minijobs</b>	86,0	91,7	+181,2%	+163,8%
<b>Gesamt</b>	15,0	22,2	+43,3%	-3,1%

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Noch höher als in unseren Berechnungen auf der Basis des SOEP liegt der Anteil von Vollzeitbeschäftigten, die von Niedriglöhnen betroffen sind, nach Ergebnissen von Analysen mit BA-Daten, die sich auf Vollzeitbeschäftigte beschränken. Für 2004 beziffern Rhein/Stamm (2006, S. 11) die Niedriglohnquote von Vollzeitbeschäftigten auf 18,4%; nach unseren eigenen Berechnungen lag dieser Anteil 2005 mit 18,7% noch etwas höher (Tabelle 10). Die unterschiedlichen Quoten von Niedriglöhnen unter Vollzeitbeschäftigten resultieren vor allem daraus, dass die Niedriglohnschwelle in der Gruppe der Vollzeitbeschäftigten höher liegt als unter allen Beschäftigten. Übereinstimmend zeigen vorliegende Studien jedoch, dass auch die Gruppe der Vollzeitbeschäftigte seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend von Niedriglöhnen betroffen ist (Rhein/Stamm 2006; Bosch/Kalina 2007). Dies sind deutliche Indizien, dass sich Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland nicht alleine oder vorrangig auf Teilzeitbeschäftigte konzentriert.

Ebenso verkürzt erscheint die verbreitete Einschätzung, dass niedrige Stundenlöhne bei Minijobs weniger problematisch seien, weil die Beschäftigten ihren Lohn brutto für netto erhalten. Zwar resultiert hieraus im Vergleich zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ggf. ein höherer Nettolohn pro Stunde, aber diese „Besserstellung“ wird dadurch relativiert, dass der monatliche Verdienst aus einem Minijob bei maximal 400 € liegt. Zudem sind Lohnabschläge bei Minijobber/innen verbreitet und es gibt deutliche Hinweise, dass sie oft keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall (Winkel 2005), im Urlaub und bei Feiertagen erhalten. Dies sind klare Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot im Teilzeit- und Befristungsgesetz,

das ausdrücklich auch für geringfügig Beschäftigte gilt. Allerdings wird dies in der Praxis bislang weder problematisiert noch sanktioniert. Die Tatsache, dass Minijobs faktisch häufig billiger sind, schafft für Unternehmen starke Anreize, diese zunehmend zu nutzen, was nicht ohne Rückwirkungen auf die anderen Beschäftigten bleibt.

Ein Ausbau des Niedriglohnssektors wird vielfach für notwendig gehalten, um gering Qualifizierten, die ansonsten vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen blieben, überhaupt Beschäftigungschancen zu eröffnen. Tatsächlich zeigen unsere Auswertungen, dass gering Qualifizierte von Niedriglöhnen überproportional und in steigendem Maße betroffen sind: Der Niedriglohnanteil dieser Beschäftigtengruppe stieg zwischen 1995 und 2006 um rund 49%. Gleichzeitig lag die Steigerungsrate aber in der zahlenmäßig weitaus größeren Gruppe der Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung mit fast 70% noch deutlich höher (Tabelle 7).

**Tabelle 7: Niedriglohnanteil nach Beschäftigtengruppen (Deutschland, alle Beschäftigten, getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland, in %)**

	<b>Kategorie</b>	<b>1995</b>	<b>2000</b>	<b>2006</b>
<b>Qualifikation<sup>8</sup></b>	Ohne Berufsausbildung	31,0	35,2	45,6
	Mit Berufsausbildung	13,6	17,8	23,1
	Universität/Fachhochschule	6,3	6,1	6,1
<b>Geschlecht</b>	Männer	7,4	9,9	14,2
	Frauen	25,0	26,6	30,5
<b>Alter</b>	unter 25	28,8	42,3	56,3
	25 – 34	13,9	17,8	25,1
	35 – 44	12,3	14,7	19,6
	45 – 54	13,5	14,9	16,5
	55+	17,7	16,5	22,0
<b>Nationalität</b>	Deutsche	14,5	16,6	20,8
	Ausländer/innen	20,1	27,4	38,9
<b>Gesamt (Deutschland)</b>		15,0	17,5	22,2

Quelle: SOEP, eigene Berechnungen.

Ein Blick auf die Struktur der Niedriglohnbeschäftigten nach Beschäftigtenmerkmalen (Tabelle 8) macht zudem deutlich, dass 2006 nur noch knapp ein Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten aus der Gruppe der formal gering Qualifizierten stammte. Der Anteil von Beschäftigten mit abgeschlossener Berufsausbildung oder einem akademischen Abschluss an der Gesamtzahl der Niedriglohnbeschäftigten ist demgegenüber von 66,5% in 1995 auf 73,6% in

<sup>8</sup> In 11,6% aller Fälle war keine Information zum Ausbildungsniveau verfügbar. In dieser und der folgenden Tabelle wurde angenommen, dass diese Fälle anteilsproportional auf alle Ausbildungsniveaus verteilt sind (vgl. zu dieser Vorgehensweise auch Reinberg/Hummel 2002 und Reinberg/Schreyer 2003).

2006 deutlich gestiegen. Mittlerweile sind also fast drei von vier Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland formal qualifizierte Beschäftigte – ein auch im internationalen Vergleich extrem hoher Wert. So haben etwa in den USA rund 70% der Niedriglohnbeschäftigten keinen oder nur einen High School-Abschluss, also ein Bildungsniveau unterhalb einer abgeschlossenen beruflichen Ausbildung in Deutschland (CBO 2006: 18; Appelbaum u.a. 2003). Dieser markante Unterschied im Qualifikationsprofil der Niedriglohnbeschäftigten dürfte zum einen der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland geschuldet sein, die den Druck, eine gering bezahlte Tätigkeit anzunehmen, auch für gut qualifizierte erhöht hat. Zum anderen ist die Gruppe der gering Qualifizierten in Deutschland durch das ausgebaute System der beruflichen Bildung im internationalen Vergleich relativ klein.

**Tabelle 8: Anteil unterschiedlicher Beschäftigtengruppen im Niedriglohnsektor (Deutschland, alle Beschäftigten, getrennte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland, in %)**

	Kategorie	1995	2000	2006
<b>Qualifikation</b>	Ohne Berufsausbildung	33,5	26,1	26,4
	Mit Berufsausbildung	58,6	66,4	67,5
	Universität/Fachhochschule	7,9	7,5	6,1
<b>Geschlecht</b>	Männer	27,5	30,6	31,9
	Frauen	72,5	69,4	68,1
<b>Alter</b>	unter 25	13,8	15,2	12,3
	25 – 34	26,2	24,3	23,4
	35 – 44	22,3	25,8	29,9
	45 – 54	20,8	21,0	19,8
	55+	16,9	13,7	14,7
<b>Nationalität</b>	Deutsche	88,5	87,8	87,9
	Ausländer/innen	11,5	12,2	12,1
<b>Gesamt (Deutschland)</b>		100,0	100,0	100,0

Quelle: SOEP 2006, eigene Berechnung

## 4. Differenzierte Analyse nach Betriebsmerkmalen

In der Vergangenheit folgte die Lohnentwicklung der kleineren Betriebe und der gewerkschaftlich schwächer organisierten Branchen meistens der Lohnentwicklung in größeren Betrieben und gewerkschaftlich gut organisierten Branchen. Dieser tarifliche Geleitzug, der für eine gleichmäßige Verteilung des Wohlstandszuwachses über die gesamte Wirtschaft in Deutschland sorgte, hat sich – so unsere These – mittlerweile aufgelöst. In gewerkschaftlich schwächer organisierten Branchen lassen sich nicht mehr die gleichen Tariferhöhungen wie im verarbeitenden Gewerbe durchsetzen. Davon ist eine wachsende Anzahl von Be-

schäftigten betroffen, da die Beschäftigung vor allem in schlecht organisierten Dienstleistungsbranchen und dort vor allem in Klein- und Mittelbetrieben ohne Betriebsräte wächst. Zusätzlich werden Tätigkeiten aus gut organisierten Bereichen in tariffreie Zonen des Arbeitsmarktes ausgelagert, da solches Outsourcing wegen des wachsenden Lohngefälles für die Unternehmen immer attraktiver wird.

Um diese Thesen zu überprüfen, haben wir das BA-Beschäftigtenpanel ausgewertet, das zwar bezogen auf Löhne nur Auswertungen für Vollzeitbeschäftigte zulässt, aber wegen seiner hohen Fallzahlen detailliertere Analysen nach Betriebsgrößenklassen und Wirtschaftszweigen ermöglicht. Im Vergleich zu den Analysen mit dem SOEP ist zunächst bemerkenswert, dass für Vollzeitbeschäftigte keine Reallohnverluste zu verzeichnen sind.

Unsere Analyse zeigt aber, dass die Lohnunterschiede zwischen Groß- und Kleinbetrieben zwischen 1998 und 2005 deutlich zugenommen haben. Während Vollzeitbeschäftigte in Kleinbetrieben 1998 im Durchschnitt noch etwa 59% des Lohnniveaus von Großbetrieben erreichten, lag diese Quote 2005 nur noch bei rund 51%. Wie stark sich die Betriebsgrößenklassen bei der Lohnentwicklung auseinander bewegt haben, zeigt sich sehr deutlich beim Vergleich des inflationsbereinigten Einkommensanstiegs. Während sich die durchschnittlichen Monatslöhne in Kleinbetrieben zwischen 1998 und 2005 mit 0,2% kaum erhöhten, war der Lohnzuwachs mit zunehmender Betriebsgröße immer größer und lag in Großbetrieben immerhin bei knapp 15% (Tabelle 9).

Aus Tabelle 9 ist auch erkennbar, dass die Niedriglohnanteile mit wachsender Betriebsgröße abnehmen: In Kleinstbetrieben (1 bis 4 Beschäftigte) arbeiteten 2005 mehr als die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten für Niedriglöhne, während in Großbetrieben (500 und mehr Beschäftigte) fast unverändert nur rund 3% der Beschäftigten gering bezahlt wurden. Der Abstand zwischen Groß- und Kleinbetrieben ist im Zeitverlauf noch gewachsen.

**Tabelle 9: Änderung von Niedriglohnanteil und Durchschnittseinkommen nach Betriebsgrößenklassen (Deutschland, sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte)**

Betriebe nach Beschäftigtenzahl	Niedriglohnanteil in %			Durchschnittliches Brutto-Monatseinkommen, inflationsbereinigt (in €)		Änderung 1998-2005
	1998	2005	Änderung 1998-2005	1998	2005	
1-4	47,1	51,8	10,1%	1591,89	1595,54	0,2%
5-9	29,6	36,3	22,4%	1861,49	1888,76	1,5%
10-19	20,7	26,4	27,6%	2021,14	2099,46	3,9%
20-49	15,9	21,2	33,4%	2147,02	2258,72	5,2%
50-99	13,2	18,1	36,9%	2251,19	2379,23	5,7%
100-199	10,9	14,7	34,7%	2340,19	2514,66	7,5%
200-499	7,5	9,3	23,3%	2457,91	2725,67	10,9%
500 und mehr	3,1	3,3	7,0%	2720,19	3116,15	14,6%
Gesamtwirtschaft	15,5	18,7	20,5%	2263,19	2460,09	8,7%

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel, eigene Berechnungen

Um zu untersuchen, ob sich die Lohnentwicklung nach Wirtschaftszweigen ausdifferenziert, haben wir die Wirtschaftszweige (vgl. auch die detailliertere Tabelle 11 im Anhang) nach ihrem Niedriglohnanteil 1998 in drei Gruppen eingeteilt: 1) Wirtschaftszweige mit einem geringen Niedriglohnanteil (weniger als 50% des gesamtwirtschaftlichen Wertes), 2) Wirtschaftszweige mit einem mittleren Niedriglohnanteil (zwischen 50 und 150% des gesamtwirtschaftlichen Wertes) und 3) Wirtschaftszweige mit einem hohen Niedriglohnanteil (über 150% des gesamtwirtschaftlichen Wertes) (Tabelle 10).

**Tabelle 10: Änderung von Niedriglohnanteil und Durchschnittseinkommen nach gruppierten Wirtschaftszweigen (Deutschland, sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte)**

Wirtschaftszweige nach Niedriglohnanteil	Niedriglohnanteil (in %)			Durchschnittliches Brutto-Monatseinkommen, inflationsbereinigt (in €)		Änderung 1998/2005
	1998	2005	Änderung 1998/2005	1998	2005	
Wirtschaftszweige mit geringem Niedriglohnanteil (< 50% des Gesamtniveaus)	4,4	5,3	18,2%	2605,40	2933,06	12,6%
Wirtschaftszweige mit mittlerem Niedriglohnanteil (50-150% des Gesamtniveaus)	13,4	16,9	26,2%	2223,16	2363,04	6,3%
Wirtschaftszweige mit hohem Niedriglohnanteil (> 150% des Gesamtniveaus)	36,5	41,6	14,1%	1828,78	1944,63	6,3%
Gesamtwirtschaft	15,5	18,7	20,5%	2263,19	2460,09	8,7%

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel, eigene Berechnung

In der Gruppe der Wirtschaftszweige mit geringen Niedriglohnanteilen stieg der durchschnittliche Niedriglohnanteil von 4,4% auf rund 5,3% (2005), was leicht unter der Wachstumsrate insgesamt lag. Wegen des geringen Ausgangswertes entsprach dieser Anstieg jedoch nur 0,9 Prozentpunkten. In einigen Wirtschaftszweigen ist der Niedriglohnanteil sogar gesunken

(am deutlichsten im Fahrzeugbau). Der durchschnittliche Bruttomonatslohn lag in dieser Gruppe deutlich über dem gesamtwirtschaftlichen Wert und ist zudem zwischen 1998 und 2005 deutlich stärker gestiegen als in der Gesamtwirtschaft.

In der zweiten Gruppe mit einem mittleren Niedriglohnanteil zwischen 50 und 150% des gesamtwirtschaftlichen Wertes war der Anstieg des Niedriglohnanteils bis 2005 prozentual am stärksten (+26,2%), in Prozentpunkten gemessen mit +3,5 aber moderater. Die realen Bruttomonatseinkommen sind nur um 6,3% und damit unterdurchschnittlich gestiegen.

In der Gruppe mit hohen Niedriglohnanteilen ist der Zuwachs von Niedriglöhnen prozentual gerechnet (mit Ausnahme der Dienstleistungen für Unternehmen) unterdurchschnittlich gewesen, was mit den ohnehin schon sehr hohen Anteilen von Niedriglöhnen zusammenhängen dürfte. In Prozentpunkten gerechnet war der Anstieg mit 5,1 hingegen deutlich höher als in den beiden anderen Gruppen. Die Lohnentwicklung war insgesamt und in den Teilbranchen ausnahmslos unterdurchschnittlich (im Gastgewerbe sogar rückläufig), was zusammen genommen auf eine zunehmende Entkoppelung der Niedriglohnbranchen von der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung hindeutet.

Insgesamt ist festzuhalten, dass der Abstand zwischen den Branchen mit einem geringen Niedriglohnanteil und denen mit mittlerem und hohem Niedriglohnanteil gewachsen ist. Gleichzeitig sind im oberen Beschäftigungssegment mit unterdurchschnittlichen Niedriglohnanteilen auch die Löhne deutlich stärker gestiegen als in den beiden anderen Beschäftigungssegmenten.

## 5. Ursachen und politischer Handlungsbedarf

Unsere Analyse hat gezeigt, dass sich die Löhne in Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre erheblich auseinander entwickelt haben und der Niedriglohnsektor stark gewachsen ist. Deutschland hatte damit bereits 2005 den höchsten Niedriglohnanteil in der EU und liegt nicht mehr weit von den USA entfernt. Der Anteil der gering Bezahlten ist sowohl bei den Vollzeit- als auch bei den Teilzeitbeschäftigten (einschließlich Minijobs) deutlich gestiegen. Betroffen von Niedriglöhnen sind nicht nur spezielle Personengruppen wie Jüngere oder gering Qualifizierte, sondern zunehmend auch die mittleren Altersgruppen und qualifizierte Beschäftigte. Die Umverteilung der Löhne hat sich nicht auf die unterste Einkommensgruppe beschränkt, sondern reicht bis in die mittleren Einkommensgruppen hinein. Die Mittelschicht in der Einkommensverteilung ist durch Verluste nach unten und Aufstiege nach oben erheblich ausgedünnt worden. Gleichzeitig haben sich die Lohnunterschiede zwischen Großbetrieben und kleineren Betrieben, die oft keine Betriebsräte haben, sowie zwischen den Branchen mit hoher und geringer Tarifbindung deutlich erhöht.

Wie konnte es zu einer so raschen Zunahme von Niedrig- und sogar Niedrigstlöhnen in einer sozialen Marktwirtschaft wie Deutschland kommen? Den wichtigsten Grund sehen wir in der Anfälligkeit des deutschen Tarifsystems für Außenseiterkonkurrenz. Da es keine verbindlichen Lohnuntergrenzen – durch einen gesetzlichen Mindestlohn oder allgemeinverbindliche Tarifverträge – gibt, ist es möglich, auch Löhne unterhalb der Branchentarife zu zahlen. Bis zur deutschen Wiedervereinigung spielte dies allerdings nur eine untergeordnete Rolle. Rund 80% der Unternehmen waren tarifgebunden und die restlichen Unternehmen orientierten sich an diesen Größen, da ansonsten ihre Arbeitskräfte abgewandert wären. Diese Ängste schwanden jedoch mit der hohen Arbeitslosigkeit nach der Wiedervereinigung. Zunächst in Ostdeutschland und dann auch Westdeutschland verließen viele Unternehmen die Arbeitgeberverbände oder traten erst gar nicht ein, um geringere Löhne zahlen zu können.

Der ab Mitte der 1990er Jahre wachsende Niedriglohnsektor hat Sogwirkungen selbst für gewerkschaftlich gut organisierte Unternehmen entfaltet. Das wachsende Lohngefälle in der Wirtschaft bietet zunehmend Anreize, zuvor gut bezahlte Tätigkeiten in Branchen und Betriebe mit geringeren Löhnen zu verlagern. Diese Entwicklung ist durch politische Interventionen massiv gefördert worden. Starken Antrieb erhielt der Außenseiterwettbewerb durch veränderte europäische Wettbewerbsregelungen. Mit der Dienstleistungsfreiheit können Arbeitskräfte nach Deutschland zu Lohnbedingungen ihres Heimatlandes entsendet werden. Nur in der Bauwirtschaft wurden tariflich vereinbarte Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz für allgemeinverbindlich erklärt. In anderen Branchen wie etwa der Fleischindustrie sind demgegenüber ohnehin schon gering verdienende heimische Arbeitskräfte durch noch schlechter

bezahlte Werkvertragsnehmer ersetzt worden (Czommer 2007). Noch weitreichendere Auswirkungen hatten die EU-Direktiven zur Öffnung der Produktmärkte ehemals staatlicher Dienstleistungen (z.B. im Bereich Post, Telekommunikation oder Nahverkehr). Während sich neue Anbieter solcher Dienstleistungen in den meisten anderen europäischen Ländern an allgemein verbindliche Tarifverträge halten müssen, können sie in Deutschland jeden auf dem Markt durchsetzbaren Lohn zahlen. Dies lädt Unternehmen zu Geschäftsmodellen ein, die nicht mehr auf Innovationen, sondern auf Lohndrückerei basieren, wie es z.B. im Bereich der Postdienstleistungen zu beobachten war.

Einen weiteren politischen Schub gab es durch die Agenda 2010 und die Hartz-Reformen. Durch die Abschaffung der einkommensabhängigen Arbeitslosenhilfe ist vor allem der Druck auf qualifizierte Langzeitarbeitslose, die zuvor gut verdient hatten, erhöht worden, auch einen schlecht bezahlten Arbeitsplatz anzunehmen. Die Aufhebung der zeitlichen Beschränkungen für den Verleih von Arbeitskräften hat Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, Stammbeschäftigte auch dauerhaft durch geringer entlohnte Leiharbeitskräfte zu ersetzen. Die Vorschrift zur gleichen Bezahlungen von Leiharbeitskräften, die solche Praktiken einschränken sollte, ist ins Leere gelaufen, weil Zeitarbeitsunternehmen von diesem Prinzip durch die Anwendung eines Tarifvertrags abweichen können. Inzwischen sind zahlreiche Tarifverträge für die Zeitarbeit abgeschlossen worden, die vor allem in den Einstiegsgruppen Stundenlöhne deutlich unterhalb der Niedriglohnschwelle vorsehen und auch insgesamt im Vergleich zu den Tariflöhnen in typischen Einsatzbranchen deutlich niedriger liegen (Weinkopf 2006). Schließlich ist noch die deutliche Heraufsetzung der Verdienstgrenze für Minijobs zu nennen. Für Beschäftigte in Minijobs gelten zwar im Prinzip alle arbeitsrechtlichen Schutzvorschriften und sie haben Anspruch auf denselben Stundenlohn wie vergleichbare sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. In der Praxis ist aber ein besonderer Beschäftigtenstatus geschaffen worden, dem diese Rechte häufig vorenthalten werden.

Die politisch gewollte Ausweitung des Niedriglohnsektors hat auch dazu beigetragen, dass die durchschnittlichen Stundenlöhne im unteren Einkommensquartil inflationsbereinigt im Vergleich zu 1995 um fast 14% gesunken sind. Der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten ist in Deutschland selbst im Wirtschaftsaufschwung seit 2004 weiter angestiegen und die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor sind zuletzt sogar nominal rückläufig gewesen. Dass Niedriglohnbeschäftigte im letzten Jahrzehnt im Vergleich zu anderen Beschäftigtengruppen deutlich verloren haben, lässt sich auch daran festmachen, dass die durchschnittlichen Stundenlöhne im Niedriglohnsektor im Vergleich von 1995 und 2006 inflationsbereinigt nicht gestiegen und in Ostdeutschland sogar gesunken sind.

Um diese Entwicklung zu stoppen und ein weiteres Anwachsen des Niedriglohnsektors zu verhindern, muss politisch umgesteuert werden. In einer Wirtschaft mit offenen Arbeitsmärk-

ten und deregulierten Produktmärkten ist der Weg zurück in die „guten alten Zeiten“ vor 1990 verbaut. Man muss neue Wege finden, um verbindliche Lohnuntergrenzen auch für Bereiche festzulegen, in denen die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nicht präsent oder zu schwach sind. Um Niedriglöhne und Lohndumping wirksam zu unterbinden, halten wir die Einführung eines allgemeinen gesetzlichen Mindestlohnes für erforderlich, der – wie das britische Erfolgsbeispiel zeigt – bei angemessener Höhe auch der Beschäftigung nicht schadet (Bosch 2007; Bosch/Weinkopf 2006). Allein auf branchenbezogene Lösungen zu setzen, erscheint nicht ausreichend, weil hierbei gerade einige derjenigen Branchen außen vor blieben, in denen Niedriglöhne besonders verbreitet sind. Zu einem größeren Reformpaket gehören aber auch die Aufhebung des Sonderstatus der Minijobs und ihre Eingliederung in das System der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie die Durchsetzung gleicher Bezahlung von Leiharbeitskräften. Nicht zuletzt muss die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert werden. Dies erscheint umso dringlicher, als nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs von April 2008 weniger umfassende Maßnahmen zur Durchsetzung von Mindeststandards wie etwa Tariftreuegesetze bei öffentlicher Vergabe, die nicht für alle Unternehmen einer Branche gelten, nicht mehr zulässig sind (Schulten/Pawicki 2008).

Tabellenanhang

**Tabelle 11: Niedriglohnanteile und Durchschnittseinkommen nach Wirtschaftszweigen (Deutschland, sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte), 1998 und 2005**

Wirtschaftszweig	Niedriglohnanteil in %			Durchschnittliches Brutto-Monatseinkommen, inflationsbereinigt (in €)		Änderung 1998/2005
	1998	2005	Änderung 1998/2005	1998	2005	
<b>Wirtschaftszweige mit geringem Niedriglohnanteil (&lt; 50% des Gesamtniveaus)</b>						
Kraftfahrzeugbau, sonstiger Fahrzeugbau	1,8	1,4	-21,3%	2879,78	3277,39	13,8%
Kreditinstitute	2,3	2,8	22,2%	2888,93	3358,59	16,3%
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung, Kokerei, Spalt-/Brutstoffe	2,9	3,7	28,6%	2900,63	3244,92	11,9%
Öffentliche Verwaltung	3,4	3,2	-6,1%	2384,41	2604,82	9,2%
Maschinenbau	3,5	4,1	15,9%	2633,94	2943,62	11,8%
Nachrichtenübermittlung	3,9	11,9	206,9%	2395,53	2634,86	10,0%
Bergbau; Gewinnung von Steinen u. Erden Erdöl Erdgas; Energie und Wasserversorgung, -entsorgung; Recycling	4,5	4,9	9,2%	2631,75	2914,14	10,7%
Metallerzeugung/-bearbeitung; Herstellung von Metallerzeugnissen	6,8	9,0	32,8%	2364,05	2517,19	6,5%
Datenverarbeitung, Forschung und Entwicklung	7,2	7,1	-2,1%	2862,93	3301,71	15,3%
Elektrotechnik, Feinmechanik, Optik	7,6	8,6	13,7%	2601,77	2973,05	14,3%
<b>Wirtschaftszweige mit mittlerem Niedriglohnanteil (50 bis 150% des Gesamtniveaus)</b>						
Gummi und Kunststoff; Glas und Keramik	9,4	11,3	20,5%	2273,75	2421,26	6,5%
Baugewerbe	9,5	12,6	33,0%	2106,04	2146,04	1,9%
Erziehung und Unterricht	9,6	8,1	-15,5%	2456,05	2632,97	7,2%
Versicherungsgewerbe, Grundstücks- und Wohnungswesen	10,7	12,9	20,6%	2653,28	2910,41	9,7%
Papier, Druck, Verlage; Holz, Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spielwaren	10,9	13,3	22,1%	2339,85	2500,44	6,9%
Verkehr	13,6	20,0	46,8%	2150,79	2156,40	0,3%
Großhandel, Handelsvermittlung	14,0	15,6	10,9%	2316,98	2576,45	11,2%
Kfz-Handel, -reparatur, Tankstellen	17,7	21,8	23,1%	2071,35	2181,55	5,3%
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	18,6	23,8	27,5%	2119,35	2221,40	4,8%
Kultur, Sport, Unterhaltung; Interessenvertretungen	18,7	16,9	-9,4%	2314,98	2610,47	12,8%
<b>Wirtschaftszweige mit hohem Niedriglohnanteil (&gt; 150% des Gesamtniveaus)</b>						
Dienstleistungen für Unternehmen, Vermietung beweglicher Sachen	29,3	37,5	28,0%	2060,33	2191,37	6,4%
Einzelhandel	30,3	34,6	14,0%	1857,62	1918,42	3,3%
Nahrungs- und Genussmittelherstellung; Textil und Bekleidung; Leder	30,5	34,9	14,5%	1915,78	2000,11	4,4%
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	40,0	42,1	5,4%	1528,38	1589,25	4,0%
Gastgewerbe	65,8	71,0	7,8%	1351,53	1341,03	-0,8%
Private Haushalte; sonstige Dienstleistungen	74,2	74,4	0,2%	1247,50	1332,38	6,8%
<b>Gesamtwirtschaft</b>	<b>15,5</b>	<b>18,7</b>	<b>20,6%</b>	<b>2263,20</b>	<b>2459,97</b>	<b>8,7%</b>

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel, eigene Berechnung

## Literatur

- Appelbaum, E./Bernhardt, A./Murnane, R. J.** (2003): Low-Wage America: An Overview. In: Low-Wage America. How Employers Are Reshaping Opportunity in the Workplace, New York, S. 1-29
- Berlemann, M./Thum, M.** (2006): Mittelfristige Perspektiven der Ost-West-Konvergenz, in: Ifo Dresden berichtet 1, S. 34-39
- Bosch, G.** (2007): Mindestlohn in Deutschland notwendig – Kein Gegensatz zwischen sozialer Gerechtigkeit und Beschäftigung, in: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung 4, S. 421-429
- Bosch, G./Kalina, T.** (2007): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, in: Bosch, G./Weinkopf, C. (Hg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt, S. 20-105
- Bosch, G./Weinkopf, C.** (2006): Mindestlöhne in Großbritannien – ein geglücktes Realexperiment, in: WSI-Mitteilungen 3, S. 125-130
- Bosch, G./Weinkopf, C.** (Hg.) (2007): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt
- Bosch, G./Weinkopf, C.** (eds.) (2008): Low-Wage Work in Germany, The Russell Sage Foundation Case Studies of Job Quality in Advanced Economies, New York
- Bundesagentur für Arbeit** (2008): Arbeitsmarkt in Zahlen: Erwerbstätigkeit von erwerbsfähigen Leistungsbeziehern September 2007, Bericht der Statistik der BA, Nürnberg
- Brenke, K./Ziemendorff, J.** (2008): Hilfebedürftig trotz Arbeit? – kein Massenphänomen in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht 4, S. 33-40
- Caroli, E./Gautié, J.** (eds.) (2008): Low-Wage Work in France, The Russell Sage Foundation Case Studies of Job Quality in Advanced Economies, New York
- CBO** (2006): Changes in the low-wage labor markets between 1979 and 2005, Congress of the United States, Congressional Budget Office, Washington.
- Czommer, L.** (2007): Wildwestzustände in Deutschland? Einfacharbeitsplätze in der Ernährungsindustrie, in: Bosch, G./Weinkopf, C. (Hg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt, S. 142-174
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)** (2008): Der Niedriglohnsektor in Deutschland wächst nicht mehr, Stellungnahme vom 8. Februar 2008, Berlin
- Giesecke, J./Verwiebe, R.** (2008): Die Lohnentwicklung in Deutschland zwischen 1998 und 2005 – Wachsende Ungleichheit, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 85-91
- Grabka, M. M./Frick, J. R.** (2008): Schrumpfende Mittelschicht – Anzeichen einer dauerhaften Polarisierung der verfügbaren Einkommen?, in: DIW-Wochenbericht 10, S. 101-108
- Kalina, T./Weinkopf, C.** (2008): Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen, IAQ-Report 2008-01, Institut Arbeit und Qualifikation, Gelsenkirchen
- Lloyd, C./Mason, G./Mayhew, K.** (eds.) (2008): Low-Wage Work in the United Kingdom, The Russell Sage Foundation Case Studies of Job Quality in Advanced Economies, New York

- Mason, G./Salverda, W.** (2008): Low Pay, Living Standards and Employment, Manuskript im Rahmen der Phase II des Forschungsnetzwerkes "The Russell Sage Foundation Case Studies of Job Quality in Advanced Economies", New York
- Reinberg, A./Hummel, M.** (2002): Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten – reale Entwicklung oder statistisches Artefakt? IAB-Werkstattbericht 4, Nürnberg
- Reinberg, A./Schreyer, F.** (2003): Studieren lohnt sich auch in Zukunft, IAB-Kurzbericht 20, Nürnberg
- Rhein, T./Stamm, M.** (2006): Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland – deskriptive Befunde zur Entwicklung seit 1980 und Verteilung auf Berufe und Wirtschaftszweige, IAB-Forschungsbericht 12, Nürnberg
- Schulten, T./Pawicki, M.** (2008): Tariftreueregelungen in Deutschland – ein aktueller Überblick, in: WSI-Mitteilungen 4, S. 184-190
- Solow, R. M.** (2007): Vorwort, in: Bosch, G./Weinkopf, C. (Hg.): Arbeiten für wenig Geld: Niedriglohnbeschäftigung in Deutschland, Frankfurt, S. 7-14
- Statistisches Bundesamt** (2004): Zwei von drei Teilzeitkräften leben wesentlich vom Arbeitseinkommen, Pressemitteilung vom 14. Oktober 2004, Bonn
- Weinkopf, C.** (2006): Mindestbedingungen für die Zeitarbeitsbranche? Expertise im Auftrag des Interessenverbandes Deutscher Zeitarbeitsunternehmen (iGZ), Institut Arbeit und Technik, Gelsenkirchen
- Winkel, Rolf** (2005): Minijob-Bilanz: Kaum Lohnfortzahlung bei Krankheit und Mutterschaft, in: Soziale Sicherheit 54, S. 292-298

## **Zusammenfassungen**

Die Löhne in Deutschland haben sich seit Mitte der 1990er Jahre erheblich auseinander entwickelt und der Niedriglohnsektor ist stark gewachsen. Dies gilt sowohl für Vollzeit- als auch für Teilzeitbeschäftigte (einschließlich Minijobs). Betroffen von Niedriglöhnen sind nicht nur spezielle Personengruppen wie Jüngere oder gering Qualifizierte, sondern zunehmend auch die mittleren Altersgruppen und qualifizierte Beschäftigte. Die Umverteilung der Löhne hat sich nicht auf die unterste Einkommensgruppe beschränkt, sondern reicht bis in die mittleren Einkommensgruppen hinein. Die Mittelschicht in der Einkommensverteilung ist erheblich ausgedünnt worden. Die Lohnunterschiede zwischen Großbetrieben und kleineren Betrieben und zwischen Branchen mit hoher und geringer Tarifbindung haben sich deutlich vergrößert. Dahinter steht, dass die Bindungswirkung des deutschen Tarifsystems, das für Außenseiterkonkurrenz schon immer anfällig war, durch politische Interventionen weiter geschwächt worden ist. Um ein weiteres Anwachsen des Niedriglohnsektors und das Ausfransen des Lohnspektrums nach unten zu unterbinden, muss umgesteuert werden – u.a. durch die Einführung einer verbindlichen Lohnuntergrenze.

The wage dispersion in Germany and the extent of low-wage employment has been increasing since the mid-1990es. This applies to full-time and part-time employees (including mini-jobs). Not only particular groups such as young people and low-skilled are affected by low pay, but increasingly also the middle-aged and skilled employees. The redistribution of wages has not been concentrated on the lowest income group but has reached the middle groups as well. The middle-class in the wage dispersion has been thinned out. The wage differentials between large and small firms and between industries with high and low collective bargaining coverage have been increasing substantially. One of the underlying reasons is that the traditional vulnerability of the German system of collective bargaining by outsider competition has been further weakened by political interventions in recent years. In order to prevent a further increase of the low wage sector and the frazzling of the wage spectrum at the lower end rerouting is necessary – among other measures by the introduction of a generally binding minimum wage floor.